

Protokoll 67. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 15. November 2023, 17.00 Uhr bis 19.25 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 119 Mitglieder

Abwesend: Snezana Blickenstorfer (GLP), Anthony Goldstein (FDP), Yves Peier (SVP), Derek Richter (SVP), Patrick Tscherrig (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|----|----------|--------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | | |
| 2. | 2023/501 | * | Weisung vom 01.11.2023:
Immobilien Stadt Zürich, Verwaltungszentrum Eggbühl, Umbau für Schulärztlichen Dienst und Schulpsychologischen Dienst, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung eines Postulats | VHB
VSS |
| 3. | 2023/508 | * | Weisung vom 01.11.2023:
Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung, Teilrevision betreffend Einführung Meldeverfahren Kundgebungen und Demonstrationen | VSI |
| 4. | 2023/509 | * | Weisung vom 08.11.2023:
Motion von Dr. Ann-Catherine Nabholz und Gabriele Kisker betreffend Umstellung der Strassenbeleuchtung und der Beleuchtung öffentlicher Räume und Infrastruktur auf LED sowie Reduzierung des Energieverbrauchs auf ein Minimum, Bericht und Abschreibung | VIB |
| 5. | 2023/488 | *
E | Postulat von David Ondraschek (Die Mitte) und Dr. Mathias Egloff (SP) vom 25.10.2023:
Spielplatz auf der Schulanlage Vogtsrain, Aufnahme in das System der Spielplätze der Stadt Zürich (Spielplatzkonzept) | VHB |
| 6. | 2023/505 | *
E | Postulat von Matthias Probst (Grüne), Heidi Egger (SP) und 11 Mitunterzeichnenden vom 01.11.2023:
Projektierungskredit für die Planung eines naturnahen Quartierparks mit grosszügigen Wasserflächen in Seebach entlang des Katzenbachs zwischen Köschenrütistrasse und Hertensteinstrasse | VTE |

7.	2023/507	* E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.11.2023: Aufnahme eines Schulgartens in die Flächenstandards für die städtischen Volksschulen	VSS
8.	2020/35		Weisung vom 25.10.2023: Dringliche Motion der AL-Fraktion betreffend Erweiterung der Rechtsgrundlage für die Auszahlung von Objektbeiträgen an Einrichtungen privater Anbieter für Kinder im Vorschulalter, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, GR Nr. 2020/35, sowie Dringliche Motion der SP- und Grüne-Fraktion betreffend Massgebliche und generelle Erhöhung der Qualität in den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, GR-Nr. 2020/44, Antrag auf Fristerstreckung	VS
9.	2020/63		Weisung vom 04.10.2023: Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP betreffend Entlastung und stadtverträgliche Umgestaltung der Achse Bucheggstrasse/Rosengartenstrasse/Hardbrücke, Antrag auf Fristerstreckung	VTE
10.	2023/424		Weisung vom 06.09.2023: Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2023	STR
11.	2023/470		Weisung vom 04.10.2023: Finanzverwaltung, Terialbericht II/2023 der Organisationseinheiten mit Globalbudget	STR
12.	2023/233		Weisung vom 10.05.2023: Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2022	FV
13.	2023/340		Weisung vom 05.07.2023: Finanzdepartement, Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank, Projektwettbewerb und Partizipatives Budget, jährlicher Kurzbericht 2023	FV
14.	2023/252		Weisung vom 31.05.2023: Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2024–2027	STP
15.	2023/253		Weisung vom 31.05.2023: Kultur, Verein Unerhört, Beiträge 2024–2027	STP

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

2474. 2023/512

Postulat von Islam Alijaj (SP), Anna Graff (SP) und 24 Mitunterzeichnenden vom 08.11.2023:

Übernahme der Kosten für den öffentlichen Verkehr in der Zone 110 für bezugsberechtigte Personen eines Begleitabonnements der SBB

Islam Alijaj (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. November 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2475. 2023/513

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 08.11.2023:

Zuteilung der Kinder der Siedlung Andreaspark zur Schule Leutschenbach mindestens für den Kindergarten und die Unterstufe

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. November 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2476. 2023/515

**Postulat von Reto Brüesch (SVP) und Stefan Urech (SVP) vom 08.11.2023:
Flexiblere Zuteilung der Schulkinder an den Grenzen von Schulkreisen unter Berücksichtigung der Schulwegsicherheit**

Reto Brüesch (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. November 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2477. 2023/518

**Postulat von Michael Schmid (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 08.11.2023:
Verbesserung der Schulwegsicherheit zum neuen Schulhaus Thurgauerstrasse für die Kinder aus dem Quartier Leutschenbach, insbesondere aus der Siedlung Andreaspark**

Michael Schmid (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. November 2023 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2478. 2023/529**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 15.11.2023:****Kontakt- und Anlaufstelle für Drogenkonsumierende auf dem Kasernenareal**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die GRÜNE Fraktion begrüsst sehr, dass ab Mitte November auf dem Kasernenareal eine provisorische Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Drogenkonsumierende zur Verfügung stehen wird. Dies ist dringend nötig und es ist erfreulich, dass der Stadtrat nun eine Lösung gefunden hat.

Die bewährte Drogen- und Suchtpolitik der Stadt Zürich stützt sich auf vier Säulen: Prävention, Schadensminderung, Therapie und Repression/Regulierung. Diese vier Säulen gehen auf die Bedürfnisse von Suchtkranken und Drogenkonsumierenden ein. Das ist wichtig. Denn im Zentrum der Drogen- und Suchtpolitik muss die adäquate Betreuung und Unterstützung von Suchtkranken stehen. Weiter ist relevant, dass beachtet wird, dass es sich um eine gesellschaftliche Problematik handelt. Sie wird nicht aus der Welt geschaffen, in dem wir sie unsichtbar machen durch Verbote und Repressionen wie Rayonverbote oder Wegweisungen.

Die Kontakt- und Anlaufstelle sowie die aufsuchende Sozialarbeit führen zudem dazu, dass der öffentliche Raum entlastet wird. Dies entspricht einem wichtigen Bedürfnis der Bevölkerung und der Anwohnenden.

Die GRÜNEN stellen sich klar hinter das bewährte vier Säulen Modell. Durch die neue provisorische K&A wird das Modell wieder in der richtigen Balance umgesetzt.

G e s c h ä f t e**2479. 2023/501****Weisung vom 01.11.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Verwaltungszentrum Eggbühl, Umbau für Schulärztlichen Dienst und Schulpsychologischen Dienst, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung eines Postulats**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. November 2023

2480. 2023/508**Weisung vom 01.11.2023:****Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung, Teilrevision betreffend Einführung Meldeverfahren Kundgebungen und Demonstrationen**

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. November 2023

2481. 2023/509**Weisung vom 08.11.2023:****Motion von Dr. Ann-Catherine Nabholz und Gabriele Kisker betreffend Umstellung der Strassenbeleuchtung und der Beleuchtung öffentlicher Räume und Infrastruktur auf LED sowie Reduzierung des Energieverbrauchs auf ein Minimum, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. November 2023

2482. 2023/488**Postulat von David Ondraschek (Die Mitte) und Dr. Mathias Egloff (SP) vom 25.10.2023:****Spielplatz auf der Schulanlage Vogtsrain, Aufnahme in das System der Spielplätze der Stadt Zürich (Spielplatzkonzept)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2483. 2023/505**Postulat von Matthias Probst (Grüne), Heidi Egger (SP) und 11 Mitunterzeichnenden vom 01.11.2023:****Projektierungskredit für die Planung eines naturnahen Quartierparks mit grosszügigen Wasserflächen in Seebach entlang des Katzenbachs zwischen Köschenrütistrasse und Hertensteinstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2484. 2023/507**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.11.2023:****Aufnahme eines Schulgartens in die Flächenstandards für die städtischen Volksschulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sabine Koch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2485. 2020/35

Weisung vom 25.10.2023:

Dringliche Motion der AL-Fraktion betreffend Erweiterung der Rechtsgrundlage für die Auszahlung von Objektbeiträgen an Einrichtungen privater Anbieter für Kinder im Vorschulalter, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, GR Nr. 2020/35, sowie Dringliche Motion der SP- und Grüne-Fraktion betreffend Massgebliche und generelle Erhöhung der Qualität in den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, GR-Nr. 2020/44, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zu den Motionen GR Nrn. 2020/35 und 2020/44.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats und begründet diesen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Frist zur Erfüllung der am 28. Oktober 2020 überwiesenen Dringlichen Motion GR Nr. 2020/35, der AL-Fraktion betreffend Erweiterung der Rechtsgrundlage für die Auszahlung von Objektbeiträgen an Einrichtungen privater Anbieter für Kinder im Vorschulalter, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, wird um weitere zwei Monate bis zum 28. Dezember 2023 verlängert.
2. Die Frist zur Erfüllung der am 28. Oktober 2020 überwiesenen Dringlichen Motion GR Nr. 2020/44, der SP- und Grüne-Fraktion betreffend Massgebliche und generelle Erhöhung der Qualität in den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung, wird um weitere zwei Monate bis zum 28. Dezember 2023 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2486. 2020/63**Weisung vom 04.10.2023:****Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP betreffend Entlastung und stadtverträgliche Umgestaltung der Achse Bucheggstrasse/Rosengartenstrasse/Hardbrücke, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2020/63.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats und begründet diesen.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 27. Januar 2021 überwiesenen Dringlichen Motion, GR Nr. 2020/63, der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe der EVP vom 26. Februar 2020 betreffend Entlastung und stadtverträgliche Umgestaltung der Achse Bucheggstrasse/Rosengartenstrasse/Hardbrücke, wird um weitere 12 Monate, bis zum 27. Januar 2025 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2487. 2023/424**Weisung vom 06.09.2023:****Finanzverwaltung, Nachtragskredite II. Serie 2023**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite und Kreditübertragungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen bewilligt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		22 845 400
Ordentliche Kreditübertragungen	+1 038 000	0
	-1 038 000	
Total		22 845 400

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		33 345 000
Ordentliche Kreditübertragungen	+11 216 000	
	-11 216 000	0
Total		33 345 000

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite nachträglich genehmigt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		22 854 100
Total		22 854 100

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		150 000
Total		150 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Florian Utz (SP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten II. Serie 2023 vor.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite II. Serie 2023 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

2.1 Ordentliche Nachtragskredite

S. 5	35 3550 560011 5040 00 000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall Umbau von Liegenschaften: Sammelkonto Hochbauten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat			120 000 Mehrheit	Referat: Sven Sobernheim (GLP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
			120 000	0 Minderheit	Referat: Tanja Maag Sturzenegger (AL)
		Begründung:	Vergessene Projektierungskosten und Container, die teilweise in einer nicht für sie vorgesehenen Zone stehen, lösen zwar einen vernachlässigbaren Zusatzbetrag aus. In grösseren Projekten führen jedoch solche Unaufmerksamkeiten zu grösseren Summen. In diesem Fall beeinträchtigt eine Ablehnung keine Abmachungen oder übergeordnete Gesetzmässigkeiten.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 6 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

S. 6	40	HOCHBAUDEPARTEMENT			
	4040	Immobilien Stadt Zürich			
	3110 00 000	Anschaffung Büromöbel und -geräte			
	3144 00 000	Unterhalt Hochbauten, Gebäude			
		Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat			850 000	
				<u>1 600 000</u>	
				2 450 000	
		2 450 000		0	Zustimmung
					Referat: Martin Bürki (FDP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Der Antrag wurde vom HBD zurückgezogen und durch einen dringlichen Nachtragskredit ersetzt.		

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende ordentlichen Nachtragskredite und Kreditübertragungen der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen bewilligt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		20 395 400
Ordentliche Kreditübertragungen	+1 038 000 -1 038 000	0
Total		20 395 400

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Ordentliche Nachtragskredite		33 345 000
Ordentliche Kreditübertragungen	+11 216 000 -11 216 000	0
Total		33 345 000

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2023 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als II. Serie zusammenfassend folgende dringlichen Nachtragskredite nachträglich genehmigt:

Erfolgsrechnung		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		22 854 100
Total		22 854 100

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen		Betrag
Dringliche Nachtragskredite		150 000
Total		150 000

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. November 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2488. 2023/470

Weisung vom 04.10.2023:

Finanzverwaltung, Tertialbericht II/2023 der Organisationseinheiten mit Globalbudget

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Tertialberichte II/2023 der Organisationseinheiten mit Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen (Beilage Tertialbericht II/2023).

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

2. Im Budget 2023 werden die mit dem Tertialbericht II/2023 beantragten Globalbudget-Ergänzungen zusammenfassend wie folgt bewilligt:

Ordentliche Globalbudgetergänzungen pro Produktgruppe (Beträge in Franken)	BU 2023	Lohnmassnahmen 2023	Bewilligte GBE	Ordentliche GBE	BU 2023 inkl. Lohnmassnahmen und ordentliche GBE
Gesundheitszentren für das Alter					
<i>PG 1 Wohnen, Betreuung und Pflege</i>	14 883 400	7 703 300	4 500 000	5 500 000	32 586 700
Stadtspital Zürich					
<i>PG 1 Medizinische Dienstleistungen Standort Triemli (inkl. Europaallee)</i>	15 112 000	7 729 200		22 442 100	45 283 300
<i>PG 2 Medizinische Dienstleistungen Standort Waid</i>	8 784 300	2 839 900		1 820 900	13 445 100
Grün Stadt Zürich					
<i>PG 2 Wald, Landwirtschaft und Pachten</i>	14 261 500	305 100		705 000	15 271 600
<i>PG 4 Planung und Beratung</i>	7 368 400	147 200		330 000	7 845 600
Total Ordentliche Globalbudgetergänzungen				30 798 000	

Referat zur Vorstellung der Weisung: Florian Utz (SP), Präsidium

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- Die Tertialberichte II/2023 der Organisationseinheiten mit Globalbudgets werden zur Kenntnis genommen (Beilage Tertialbericht II/2023).

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

2. Im Budget 2023 werden die mit dem Tertialbericht II/2023 beantragten Globalbudget-Ergänzungen zusammenfassend wie folgt bewilligt:

Ordentliche Globalbudgetergänzungen pro Produktgruppe (Beträge in Franken)	BU 2023	Lohnmassnahmen 2023	Bewilligte GBE	Ordentliche GBE	BU 2023 inkl. Lohnmassnahmen und ordentliche GBE
Gesundheitszentren für das Alter					
<i>PG 1 Wohnen, Betreuung und Pflege</i>	14 883 400	7 703 300	4 500 000	5 500 000	32 586 700
Stadtpital Zürich					
<i>PG 1 Medizinische Dienstleistungen Standort Triemli (inkl. Europaallee)</i>	15 112 000	7 729 200		22 442 100	45 283 300
<i>PG 2 Medizinische Dienstleistungen Standort Waid</i>	8 784 300	2 839 900		1 820 900	13 445 100
Grün Stadt Zürich					
<i>PG 2 Wald, Landwirtschaft und Pachten</i>	14 261 500	305 100		705 000	15 271 600
<i>PG 4 Planung und Beratung</i>	7 368 400	147 200		330 000	7 845 600
Total Ordentliche Globalbudgetergänzungen				30 798 000	

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. November 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2489. 2023/233

Weisung vom 10.05.2023:

Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2022

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2022 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Leah Heuri (SP)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht 2022 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Leah Heuri (SP); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Rahel Habegger (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP)
 Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
 Abwesend: Islam Alijaj (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Leah Heuri (SP); Martina Zürcher (FDP), Präsidium; Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (GLP), Monika Bättschmann (Grüne), Rahel Habegger (SP), Matthias Probst (Grüne), Michael Schmid (FDP)
 Minderheit: Referat: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)
 Abwesend: Islam Alijaj (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Geschäftsbericht 2022 der Stiftung Einfach Wohnen (Beilage) wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. November 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

2490. 2023/340

Weisung vom 05.07.2023:

Finanzdepartement, Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank, Projektwettbewerb und Partizipatives Budget, jährlicher Kurzbericht 2023

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht «ZKB-Jubiläumsdividende, Kurzbericht 2023 zum Projektwettbewerb und zum Partizipativen Budget» vom Juni 2023 (Beilage) wird Kenntnis genommen.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Ivo Bieri (SP)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht «ZKB-Jubiläumsdividende, Kurzbericht 2023 zum Projektwettbewerb und zum Partizipativen Budget» vom Juni 2023 (Beilage) wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Referat: Ivo Bieri (SP); Luca Maggi (Grüne), Präsidium; Serap Kahriman (GLP), Vizepräsidium; Judith Boppart (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)
 Minderheit: Referat: Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Ivo Bieri (SP); Luca Maggi (Grüne), Präsidium; Serap Kahriman (GLP), Vizepräsidium; Judith Boppart (SP), Martin Busekros (Grüne), Hans Dellenbach (FDP), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Patrik Maillard (AL), Christian Traber (Die Mitte)

Minderheit: Referat: Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht «ZKB-Jubiläumsdividende, Kurzbericht 2023 zum Projektwettbewerb und zum Partizipativen Budget» vom Juni 2023 (Beilage) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. November 2023

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2491. 2023/530

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 15.11.2023: Beiträge für neun Kulturinstitutionen

Namens der Grüne-Fraktion verliest Urs Riklin (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Gute Rahmenbedingungen für ein reichhaltiges Kulturangebot in Zürich

Von A wie Alter Musik bis Z wie Zürcher Sängerknaben: Die Stadt Zürich verfügt über eine lebendige, einzigartige und sehr vielfältige Kulturlandschaft. Zahlreiche Kulturschaffende, Kreativdenkende und Kulturinstitutionen bereichern für uns alle das Leben in der Stadt und tragen mit ihrem Wirken viel zur Lebensqualität in Zürich bei.

Auch wenn das hochstehende und vielseitige Kulturangebot ein Segen ist, so fällt es definitiv nicht einfach vom blauen Himmel. Für eine lebendige Kulturstadt braucht es nebst kreativen Geistern und motivierten Macher*innen vor allem auch geeignete Rahmenbedingungen:

- damit Kreativität gelebt und gefördert werden kann und Kulturschaffende ihre Ideen, ihre Gedanken und ihr Werk in die Gesellschaft tragen können,
- damit Kulturschaffende professionell arbeiten können,
- damit Kulturschaffende angemessen für ihre Arbeit entschädigt werden und aus ihrer Tätigkeit ein finanzielles Auskommen erzielen können.

Viel Herzblut und Engagement sind im Kulturbereich antreibende Kräfte. Gleichzeitig braucht es ein starkes Engagement von privaten Geldgebern wie auch der öffentlichen Hand, damit ein vielseitiges und professionelles Kulturschaffen möglich ist.

Die Stadt Zürich unterstützt über 77 verschiedene Kulturinstitutionen mit wiederkehrenden Beiträgen. In der heutigen Sitzung wird der Gemeinderat über die jährlichen Beiträge von neun Kulturinstitutionen beschliessen. In der Summe handelt es sich um 3,6 Millionen Franken. Diese machen rund 3,2 Prozent der Kulturausgaben aus, welche die Stadt in Form von Betriebsbeiträgen und Mietkostenübernahmen entrichtet.

Die GRÜNEN werden bei allen vorliegenden Weisungen im Grundsatz dem Antrag des Stadtrates folgen, denn wir sehen es als wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand, die erwähnten Rahmenbedingungen zu schaffen und zu stärken. Im Grundsatz heisst jedoch: Wir folgen dem Antrag des Stadtrates mit neun Ausnahmen. Denn eine Allianz aus SP, FDP, SVP, GLP und Mitte/EVP ist der Ansicht, dass bei finanziellen Schwierigkeiten der Stadt als erstes und auch einseitig bei der Kultur gespart werden soll. Wir GRÜNEN finden es falsch, als erstes Opfer einseitig bei der Kultur zu kürzen. Sollten Sparmassnahmen nötig sein, muss in Bereichen gespart werden, wo dies sinnvoll ist. Insbesondere braucht es in einer solchen unerfreulichen Situation eine Beteiligung aller, und nicht nur einen einseitig angesetzten Rotstift bei den Kulturausgaben. Aus diesen Gründen beantragen die GRÜNEN zusammen mit der AL bei allen Weisungen konsequent die Streichung der unausgewogenen Sparklausel.

Für uns GRÜNE ist es weiter wichtig, dass das Thema ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz auch im Kulturbetrieb stärkeren Eingang findet. Wir möchten daher insbesondere die Kulturinstitutionen dazu anregen und auffordern, die im neuen Kulturleitbild enthaltene Handlungsachse «Nachhaltigkeit» zu Herzen zu nehmen und geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Umwelt- und Klimaziele der Stadt zu erreichen.

Bevor wir nun die Beiträge für die neun vorliegenden Kulturinstitutionen beraten, möchten wir unsere Anerkennung und unseren Dank an alle Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen in der Stadt Zürich aussprechen. Sie alle leisten eine äusserst wertvolle Arbeit und tragen zu einem wundervollen, interessanten und abwechslungsreichen Kulturleben in der Stadt bei.

2492. 2023/252

Weisung vom 31.05.2023:

Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2024–2027

Antrag des Stadtrats

1. Dem Jazz Verein Moods wird für die Jahre 2024–2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 917 900.– bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Christina Horisberger (SP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit:	Referat: Christina Horisberger (SP); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Islam Alijaj (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP); Sabine Koch (FDP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Referat: Christina Horisberger (SP); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Islam Alijaj (SP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit:	Referat: Urs Riklin (Grüne); Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Referat: Christina Horisberger (SP); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Islam Alijaj (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Jazz Verein Moods wird für die Jahre 2024–2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 917 900.– bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. November 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Januar 2024)

2493. 2023/253**Weisung vom 31.05.2023:
Kultur, Verein Unerhört, Beiträge 2024–2027**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Unerhört für die Jahre 2024–2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 213 900.– bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Die Ratspräsidentin beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Dem Verein Unerhört wird für die Jahre 2024–2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 213 900.– bewilligt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Ratspräsidentin stillschweigend zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffer 3 wird zu Dispositivziffer 2).

Mehrheit:	Referat: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Islam Alijaj (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP); Sabine Koch (FDP)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Streichung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Islam Alijaj (SP), Stefan Urech (SVP)
Minderheit: Referat: Urs Riklin (Grüne); Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit: Referat: Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP); Maya Kägi Götz (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Roger Föhn (EVP), Christina Horisberger (SP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Tiba Ponnuthurai (SP) i. V. von Islam Alijaj (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Referat: Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Unerhört wird für die Jahre 2024–2027 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 213 900.– bewilligt.
2. Der Beitrag wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.
3. Weist die Stadt in der Rechnung ein Eigenkapital von weniger als 100 Millionen Franken aus, reduziert sich die Subvention analog Gemeinderatsbeschluss Nr. 1158/2019 (GR Nr. 2017/59).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 22. November 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 22. Januar 2024)

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2494. 2023/525

Einzelinitiative von Sandro Bassola vom 02.11.2023: Stopp Autoparkplatzabbau – willkürliches Veloparkplatzgewuchere – Parkplatz- management Stadt Zürich

Von Sandro Bassola, Kernstrasse 63, 8004 Zürich, ist am 2. November 2023 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Anträge

1. Es sind Raumplanungsregelwerke sowie Parkplatz- bzw. Veloparkplatz- bzw. Verkehrsregelwerke bzw. Ordnungsbussenregelwerke dahingehend zu erstellen bzw. zu modifizieren, dass geregelt wird dass Veloparkplätze durch Aufhebung von Autoparkplätzen nur dort zulässig sind, wo täglich pro Parkplatz genügend (vorgegebene) An- und Wegfahrtsvolumina bestehen und wo täglich reger fokussierter Veloverkehrfluss zu Geschäften etc. besteht. Die Zulässigkeit von Veloparkplätzen soll abhängig sein von nötigen Mindestfrequenzen, die festgelegt ohne Veloverkehr der Parkierer zu privaten Zwecken am Wohnort. Der Autoparkplatzabbau ist zwingend als ultima ratio auf ein Minimum zu setzen.
2. Es ist als Planungs- bzw. Bewilligungsrichtlinie für Veloparkplätze im öffentlichen Raum ein Minimummengengerüst mit Minimum-Parkierfluktuation als Voraussetzung vor dem Parkplatzbau gesetzlich bzw. in den Regelwerken vorzuschreiben und Veloparkplätze die nicht dauerhaft diese Mindestfrequenzen erreichen (unangemeldete geheime Messungen machen) müssen innert 6 Monaten zum Autoparkplatz zurückgebaut bzw. abgebaut werden.
3. Es soll unter festgeschriebener merklicher Busse verboten werden, am Wohnort das Velo draussen auf Parkplätzen als Dauerparkierer abzustellen. Velos müssen bei Nichtgebrauch von Anrainern bzw. am Wohnort täglich im Haus oder auf Privatgrund versorgt werden.
4. Es ist zu regeln, dass bestehende Veloparkplätze welche die Frequenzvorgaben nicht erfüllen innert 6 Monaten ab Inkrafttreten der neuen Regeln zu Autoparkplätzen zurückgebaut werden müssen, in Wohnquartieren mit mehrheitlich Wohnungen zu Blaue-Zone-Parkplätze.
5. Es ist eine Prioritätenrichtlinie festzulegen bzw. allfällig existierende zu modifizieren wonach Veloparkplätze zuerst auf privaten Grund erstellt werden müssen (inkl. Keller- bzw. Garagennutzungen etc.), in zweiter Priorität auf öffentlichem Grund bzw. städt. Liegenschaften zuerst alle anderen Möglichkeiten umzusetzen (Platz breite Trottoirs, Plätze, Schulhöfe, mehrstöckige Parkplätze, Kellerräume etc.) der Autoparkplatzabbau ist immer ultimo ratio und dann müssen zuerst „weisse“ Parkplätze vor Blaue-Zone-Plätzen abgebaut werden.
6. Es sind bei bestehenden Veloparkplätzen welche die nötigen Frequenznormen erfüllen, mindestens doppelstöckige Veloregale einzusetzen (Umbau). Mindestens doppelstöckige Veloregale sind als Pflichtelement zwingend (gesetzlich) festzuschreiben, das verdoppelt autoparkplatzschonend die Veloparkplatzkapazitäten. Die benachbarten Veloparkplätze welche durch den Regaleinsatz zu tiefe Nutzungsfrequenz haben sind zurückzubauen (bei Mehrfachfeldern).
7. Wollen grosse Unternehmungen/KMU (z.Bsp. mehr als 20 Mitarbeiter) oder Schulen für die eigenen Mitarbeiter/Schüler grosse Veloparkplätze im Freien ohne dass auf eigenem Gelände die Möglichkeit besteht, so sollen sie nach neuem Regelwerk zum Bau von mehrgeschossigen über- oder unterirdischen Velogaragen unter Kostenbeteiligung/Kostentragung verpflichtet werden können.
8. Zwischen den einzelnen Veloparkplätzen soll ein Mindestabstand sein – ca. 300 Meter.
9. Das Velo-Falschparkieren sowie Abstellen von Velo-Anhängern aller Art auf Veloparkplätzen soll unter Busse verboten werden bzw. unerlaubte Anhänger und illegal parkierte Velos müssen kostenpflichtig abgeschleppt bzw. entfernt werden (50 Fr. Busse zuzüglich Umtriebsentschädigung bei Abholung bei der Sammelstelle– Modifikation Ordnungsbussenregelwerke; Nicht fristgerecht abgeholte Sachen nach 3 Monaten geeignet entsorgen).
10. Für Publibike u.ä. dürfen keine Autoparkplätze abgebaut werden; allfällig bereits abgebaute Parkplätze sind zurückzubauen.
11. Veloparkplätze für die es in der Nähe alternativ Baumöglichkeiten ohne Autoparkplatzabbau gibt müssen innert 2 Monaten verschoben werden und Autoparkplätze zurückgebaut werden.

12. Es sind alle nicht mehr gebrauchten Verwaltungsparkplätze spätestens 1 Monat nach Wegfall/Verkleinerung Verwaltungseinheitsvolumen in öffentliche Parkplätze umzuwandeln – ausgewogen „weisse und blaue“ Autoparkplätze.

Mitteilung an den Stadtrat

2495. 2023/531

**Motion der Grüne-Fraktion vom 15.11.2023:
Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58, Umnutzung als gemeinnützigen
Wohnraum**

Von der Grüne-Fraktion ist am 15. November 2023 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen – mit dem Ziel, die städtische Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58 baldmöglichst einer Wohnnutzung zuzuführen. Es sollen gemeinnützige Wohnungen in Kostenmiete entstehen. Als Alternative ist die Abgabe im Baurecht an einen gemeinnützigen Wohnbauträger möglich.

Begründung:

Der Stadtrat schlägt in der Weisung 2023/119 den Umbau der städtischen Liegenschaft Krähbühlstrasse 58 in ein temporäres Sekundarschulhaus vor. Am 8. Oktober 2023 zog der Stadtrat diese Weisung – kurz vor der Behandlung im Gemeinderat – zurück. Damit ist der Weg frei für eine andere sinnvolle Nutzung der Liegenschaft.

Im Quartier Fluntern gibt es nur wenige Wohnungen von gemeinnützigen Wohnbauträgern (Genossenschaften, Stiftungen usw.), und auch der Anteil an städtische Wohnungen ist gering. Bezahlbare Wohnungen sind im Quartier also rar. Daher soll – im Sinne von Art. 18 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich – an der Krähbühlstrasse 58 baldmöglichst gemeinnütziger Wohnraum gemäss Kostenmiete entstehen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative und die Motion werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2496. 2023/532

**Schriftliche Anfrage von Pärparim Avdili (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom
15.11.2023:**

**Städtische Liegenschaftskäufe, Einordnung des Kaufvolumens für die letzten
12 Monate, Vergleich mit weiteren Käuferschaften, Kaufvolumen zur Annäherung
an das Drittelsziel, Detailangaben zum Kauf der Liegenschaften an der Forch-
strasse und Auswirkungen auf die Mieten sowie Beurteilung des Risikos von
Liegenschaftstransaktionen durch kollusives Verhalten zum Nachteil der
Stadtkasse**

Von Pärparim Avdili (FDP) und Michael Schmid (FDP) ist am 15. November 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Anlässlich der Beratung der Neuregelung der Finanzkompetenzen für den Erwerb von Liegenschaften, stellte der Finanzvorsteher in der Debatte vom 27. Mai 2020 in Aussicht, dass der Stadtrat mit dieser Kompetenz verantwortungsvoll umgehen würde. Wörtlich steht dazu folgendes im Protokoll: «Es ist nicht zu erwarten, dass der jetzige Stadtrat oder auch der zukünftige als Grosskäufer auf dem Bodenmarkt auftritt. Die Schalmeienklänge von Ospel und Badran, man müsse jetzt kaufen, jetzt wo die Zinsen tief sind – diesen bin ich nie erlegen...»

Mit Medienmitteilung vom 2. November 2022 teilte der Stadtrat mit, dass er für 8,06 Millionen Franken an der Motorenstrasse 21 ein Mehrfamilienhaus mit 10 Wohnungen gekauft hat. Zu dieser Transaktion stellten Mitglieder des Gemeinderats verschiedene Fragen, welche vom Stadtrat am 1. Februar 2023 beantwortet wurden (GR Nr. 2022/556). In der Zwischenzeit gab es weitere ähnliche Mitteilungen des Stadtrats:

- 7.12.2022: Kauf von 14 Wohnungen in Witikon für 6,81 Mio. Franken
- 7.12.2022: Kauf von 8 Wohnungen in Fluntern für 8,07 Mio. Franken
- 7.12.2022: Kauf von 11 Wohnungen in Wollishofen für 9,83 Mio. Franken
- 1.2.2023: Kauf von 3 Häusern in Witikon für 33,06 Mio. Franken
- 7.6.2023: Kauf von 50 Wohnungen in Affoltern für 63,082 Mio. Franken
- 12.7.2023: Kauf von 20 Wohnungen in Schwamendingen für 25 Mio. Franken
- 12.7.2023: Kauf von 6 Wohnungen in Affoltern für 4,9 Mio. Franken
- 7.9.2023: Kauf von 4 Wohnungen und einem Gewerbelokal in Oerlikon für 5,09 Mio. Franken
- 13.9.2023: Kauf von 14 Wohnungen und Gewerbefläche in Affoltern für 15,19 Mio. Franken
- 15.11.2023: Kauf von 10 Wohnungen in Wiedikon für 5,12 Mio. Franken und Kauf eines Mehrfamilienhauses mit 4 Wohnungen an der Winterthurerstrasse 164 mit 4 Wohnungen für 5,51 Mio. Franken.

Mit Medienmitteilung vom 8. November 2023 teilte der Stadtrat mit, dass er in einem Bieterverfahren für 28,96 Millionen Franken in der Nähe des Hegibachplatzes an der Forchstrasse 114, 116, 118 und 120 eine Liegenschaft mit 20 Wohnungen gekauft hat. Bereits auf den ersten Blick fällt – auch im direkten Vergleich mit den vorerwähnten Transaktionen – das krasse Missverhältnis zwischen dem bezahlten Kaufpreis und dem erworbenen Wohnungsbestand auf (Kaufpreis von 1,448 Millionen Franken pro Wohnung).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ab welchem Kaufvolumen in der Stadt Zürich ist von einem «Grosskäufer» auszugehen?
2. Wie viele Käuferschaften ausser der Stadt Zürich haben in den letzten 12 Monaten auf Gemeindegebiet mehr mehr als 12 Liegenschaften oder mehr als 150 Wohnungen erworben?
3. Bei der Liegenschaft Motorenstrasse 21 hat die Stadt gemäss Antwort auf Frage 1 von GR Nr. 2022/556 einen impliziten Bodenpreis von 22'200 Franken pro Quadratmeter Grundstücksfläche bezahlt. Wie hoch ist der Gebäudeversicherungswert, die Grundstücksfläche und wie hoch war der implizite Bodenpreis (Kenngrösse: Kaufpreis abzgl. Gebäudeversicherungswert pro m²) beim Erwerb Forchstrasse 114, 116, 118 und 120?
4. Wie viele solcher Liegenschaften müsste die Stadt Zürich erwerben, um sich der Erreichung des Drittelsziels um nur einen einzigen Prozentpunkt anzunähern? Wie hoch wäre die Summe der entsprechenden Kaufpreise?
5. Was ist der quartierübliche implizite Bodenpreis (Durchschnitt, Median und Standardabweichung)? Wie beurteilt der Stadtrat den Kaufpreis der erworbenen Liegenschaft im Vergleich zum Bodenpreis im Quartier?
6. Wie hoch war der Schätzungswert der Liegenschaft Forchstrasse 114, 116, 118 und 120?
7. Wie hoch ist der jährliche Mietzins ertrag der 20 Wohnungen? Welcher Bruttorendite entspricht dieser Ertrag beim bezahlten Kaufpreis von 28,96 Millionen Franken?
8. Wie hoch müsste die Mietzinsen angesetzt werden, wenn diese nach den Regeln der Kostenmiete (Verzinsung des Anlagewertes zum hypothekarischen Referenzzinssatz zuzüglich in der Regel 3,25 % des Gebäude-Neuversicherungswerts für laufenden Unterhalt, Verwaltung, Gebühren, Versicherungen, Erneuerungsreserven und Abschreibung) berechnet würden? Von welcher prozentualen Erhöhung wäre gegenüber den aktuell von den Mieterschaften bezahlten Mietzinse auszugehen?
9. Wie gross ist die Abweichung der Mieten vom Quartierdurchschnitt (in % und absolut)?
10. Plant der Stadtrat Mietzinsanpassungen gegen unten oder gegen oben?
11. Sieht der Stadtrat ein Risiko, dass Liegenschaftentransaktionen durch kollusives Verhalten von Mieterschaften, Hauseigentümern und politischer Akteure zum Nachteil der Stadtkasse erfolgen könnten? Was unternimmt er gegen dieses Risiko?

Mitteilung an den Stadtrat

2497. 2023/533

Schriftliche Anfrage von Jehuda Spielman (FDP) und Flurin Capaul (FDP) vom 15.11.2023:

Schäden durch die Aktion «Brings uf d'Strass», Angaben zu den entstandenen Schäden, den Reparaturen und den Kosten für die Stadt sowie Pläne für eine Durchführung der Aktion im nächsten Jahr

Von Jehuda Spielman (FDP) und Flurin Capaul (FDP) ist am 15. November 2023 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Sommer 2023 hat die Stadt Zürich an drei Standorten, der Cramerstrasse, der Gartenhofstrasse und der Konradstrasse, die Aktion «Brings uf d'Strass» durchgeführt. Im Rahmen dieser Aktion wurden die Strassen bunt markiert und mit verschiedenen Elementen ausgestattet.

Nach Abschluss der Aktion wurden die Farben von der Stadt wieder entfernt, was jedoch erhebliche Schäden am Strassenbelag verursachte, wie beispielsweise Furchen und Farbrückstände.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Schäden sind im Rahmen von dieser Aktion entstanden?
2. Warum wurde eine schwer zu entfernende Farbe verwendet?
3. Werden die Schäden repariert?
4. Welche Kosten entstehen der Stadt durch die Beseitigung der Schäden?
5. Plant die Stadt, die Aktion «Brings uf d'Strass» im kommenden Jahr erneut durchzuführen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2498. 2022/164

Wahl eines Mitglieds der SP-Fraktion in die Redaktionskommission für den Rest der Amtsdauer 2022–2024, nach der Wahl von Matthias Renggli (SP) in das Präsidium

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 13. November 2023):

Marcel Tobler (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

2499. 2022/359

Weisung vom 14.07.2022:

Amt für Städtebau, Teilrevision Bau- und Zonenordnung, Änderung der Bauordnung «Einführung von Mindestanteilen an preisgünstigem Wohnraum bei Arealüberbauungen»

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

2500. 2023/290

Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Christine Huber (GLP) vom 07.06.2023:

Kosten für die Mittagsbetreuung an den Schulen, Ungleichbehandlung betreffend die Tarife in den Tages- und Regelschulen, Entwicklung bei den Zuteilungsgesuchen und Beurteilung der Ungleichbehandlung bei unterschiedlichen Schulformen in naher Distanz sowie Einschätzung des Handlungsbedarfs

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3117 vom 1. November 2023).

2501. 2023/400

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Jehuda Spielman (FDP) vom 23.08.2023:

Ausbau der Leitstelle der SZU im Bahnhof Giesshübel, Pläne zur Weiterentwicklung der Leitstelle, Angaben zur möglichen Einführung eines 24-Stunden-Betriebs und Prüfung von Alternativen zum Betrieb einer eigenen Leitstelle

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3116 vom 1. November 2023).

Nächste Sitzung: 22. November 2023, 17.00 Uhr